

**Antrag zur Änderung der Beitragssatzung der Studierendenschaft
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

Antragsteller:

Max Härtel (AStA Finanzreferent)
Kenan Bilen (StuPa Präsident)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge

die folgenden Änderungen der Beitragssatzung der Studierendenschaft

beschließen.

Begründung:

Es wird auf die Begründungen in der Anlage verwiesen.

Weitere Ergänzungen und Ausführungen sowie die Beantwortung etwaiger Fragen wird mündlich auf der Sitzung erfolgen.

Änderungen der Beitragssatzung der Studierendenschaft

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
§ 1 Beitrag (2) Der Studierendenschaftsbeitrag setzt sich zusammen aus [...] <ol style="list-style-type: none"> 2. einem Anteil für Erstattungsleistungen im Einzelfall im Sinne des § 74 Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz zweite Alternative des Hochschulgesetzes (Erstattungskostenbeitrag), [...]	§ 1 Beitrag (2) Der Studierendenschaftsbeitrag setzt sich zusammen aus [...] <ol style="list-style-type: none"> 2. einem Anteil für Erstattungsleistungen im Einzelfall im Sinne des § 74 Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz zweite Alternative des Hochschulgesetzes (Erstattungskostenbeitrag), [...]	Schönheitskorrektur
§ 3 Fälligkeit & Sonderregelungen	§ 3 Fälligkeit und Sonderregelungen	Schönheitskorrektur
I. Unterabschnitt: Allgemeine Vorschriften	I. Unterabschnitt: Allgemeine Bestimmungen	Schönheitskorrektur und folgend werden die Unterabschnitte ebenfalls in römischen Zahlen nummeriert.
§ 4 Antragstellung (1) Über Anträge und einen etwaigen Widerspruch entscheidet der Vorstand des allgemeinen Studierendenausschusses.	§ 4 Antragstellung (1) Über Anträge und einen etwaigen Widerspruch entscheidet der Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses.	Schönheitskorrektur
§ 5 Datenschutz & Berichtsverpflichtung (4) Der Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses soll dem Studierendenparlament nach Abschluss der jeweiligen Zyklen einen anonymisierten Bericht bezüglich der Härtefall- und Erstattungsanträge vorlegen. Auf Verlangen des Studierendenparlaments ist auch über den aktuellen Stand zu berichten.	§ 5 Datenschutz und Berichtsverpflichtung (4) Der Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses soll dem Studierendenparlament nach Abschluss der jeweiligen Zyklen einen anonymisierten Bericht bezüglich der Unterstützungs- und Erstattungsanträge vorlegen. Auf Verlangen des Studierendenparlaments ist auch über den aktuellen Stand zu berichten.	Änderung der Bezeichnung auf Grundlage der Umbenennung des Härtefallfonds im Haushalt 2024/25 am 14. Oktober 2024.

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 6 Verfahren der Beitragsbefreiung (1) Anträge auf Beitragsbefreiung sind beim AStA innerhalb der folgenden Fristen einzureichen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Im Falle der Erstimmatrikulation spätestens vier Wochen nach Vorlesungsbeginn, 2. im Falle eines laufenden Studiums spätestens vor Beginn des jeweiligen Semesters. <p>(2) Der Antrag auf Beitragsbefreiung ist von der oder dem Antragsberechtigten unter Vorlage der Dokumente, der geforderten Bescheinigungen und Nachweise zu stellen.</p>	<p>§ 6 Verfahren der Beitragserstattung (1) Anträge auf Beitragserstattung sind beim Allgemeinen Studierendenausschuss spätestens vier Wochen nach Vorlesungsbeginn einzureichen.</p> <p>(2) Der Antrag auf Beitragserstattung ist von der oder dem Antragsberechtigten unter Vorlage der Dokumente, der geforderten Bescheinigungen und Nachweise zu stellen.</p>	<p>Für die Praxis ist es sinnvoller keine Unterscheidung bezüglich der Antragsfrist zu machen und generell allen einen Antrag im ersten Monat nach Vorlesungsbeginn zu ermöglichen.</p>
<p>§ 7 Widerspruch, rechtliche Stellung und Überweisungsgebühren der Erstattung (1) Gegen die Entscheidung über einen Antrag kann binnen eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift bei der Studierendenschaft, vertreten durch den Allgemeinen Studierendenausschuss, Widerspruch eingelegt werden.</p> <p>(3) Überweisungsgebühren in Höhe von bis zu 1,00 Euro werden von der Studierendenschaft übernommen. Höhere Überweisungen werden von der zu erstattenden Summe abgezogen.</p>	<p>§ 7 Widerspruch, rechtliche Stellung und Überweisungsgebühren der Erstattung (1) Gegen die Entscheidung über einen Erstattungsantrag kann binnen eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift bei der Studierendenschaft, vertreten durch den Allgemeinen Studierendenausschuss, Widerspruch eingelegt werden.</p> <p>(3) Überweisungsgebühren in Höhe von bis zu einem Euro werden von der Studierendenschaft übernommen. Höhere Überweisungen werden von der zu erstattenden Summe abgezogen.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p>
<p>§ 8 Erstattung des gesamten Studierenden-schaftsbeitrags (1) [...]</p> <p>(2) Der Antrag für das jeweilige Semester ist bis zum 31. August (Sommersemester) bzw. 28. Februar (Wintersemester) zu stellen.</p>	<p>§ 8 Erstattung des gesamten Studierenden-schaftsbeitrags (1) [...]</p> <p>(2) Der Antrag für das jeweilige Semester ist bis zum 31. August (Sommersemester) bzw. 28. Februar (Wintersemester) zu stellen.</p>	<p>Streichung aufgrund der einheitlichen Frist in § 6 I.</p>

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 9 Beitragserstattung gegen Rückgabe des Semestertickets (1) Studierenden, die [...] 2. nach §§ 152 Abs. 5, 228 Abs. 1 SGB IX unentgeltlich zu befördern sind, [...] wird auf Antrag der Semesterticketbeitrag gegen Rückgabe des Semestertickets erstattet. Dem Antrag sind geeignete Nachweise beizufügen. Im Fall des Nr. 4 ist eine entsprechende Bescheinigung der Einrichtung vorzulegen und die Erstattung erfolgt lediglich für das Semester, in welchem der Großteil des Aufenthaltes liegt. Sollte ein Aufenthalt mindestens 30 Wochen umfassen, so kann je ein Antrag für mehrere Semester gestellt werden, solange der Aufenthalt in jedem Semester mindestens 15 Wochen beträgt.</p> <p>(2) Der Antrag für das jeweilige Semester ist bis zum 30. April (Sommersemester) bzw. 31. Oktober (Wintersemester) zu stellen.</p>	<p>§ 9 Beitragserstattung ohne Nutzungsberechtigung des Semestertickets (1) Studierenden, die [...] 2. nach §§ 152 Absatz 5, 228 Absatz 1 SGB IX unentgeltlich zu befördern sind, [...] wird auf Antrag der Semesterticketbeitrag gegen Sperrung des Semestertickets erstattet. Dem Antrag sind geeignete Nachweise beizufügen. Im Fall des Nummer 4 ist eine entsprechende Bescheinigung der Einrichtung vorzulegen und die Erstattung erfolgt lediglich für das Semester, in welchem der Großteil des Aufenthaltes liegt. Sollte ein Aufenthalt mindestens 30 Wochen umfassen, so kann je ein Antrag für mehrere Semester gestellt werden, solange der Aufenthalt in jedem Semester mindestens 15 Wochen beträgt.</p> <p>(2) Der Antrag für das jeweilige Semester ist bis zum 30. April (Sommersemester) bzw. 31. Oktober (Wintersemester) zu stellen.</p> <p>(2) Im Falle der Antragsbewilligung erlischt die Nutzungsberechtigung für das Semesterticket (Handyticket oder Chipkarte) umgehend, jedoch spätestens mit Zahlungseingang der Rückerstattung bei dem Studierenden, ohne dass es eines gesonderten Hinweises bedarf.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p> <p>Zu Abs. 2: Wie bei § 8.</p> <p>Zu Abs. 2 neu: Information für Studierende, dass das Ticket nach der Erstattung ungültig wird.</p>
III. Unterabschnitt Härtefälle	g e s t r i c h e n	Die §§ 11 bis 15 werden in eine neue Anlage 1 übernommen.

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 10 Berechtigung zur Kostenübernahme (1) Bei Vorliegen einer besonderen finanziellen Härte kann Studierenden auf Antrag der Semesterticketbeitrag vollständig erstattet werden.</p> <p>(2) Eine besondere finanzielle Härte liegt vor, wenn das verfügbare Einkommen unterhalb der Einnahmegrenze liegt und die Vermögensgrenze nicht überschritten wird.</p>	<p>§ 10 Beitragserstattung mit Weiternutzungsbe- rechtigung des Semestertickets (1) Bei Vorliegen einer besonderen finanziellen Belastungssituation kann Studierenden auf Antrag der Semesterticketbeitrag vollständig erstattet werden.</p> <p>(1) Studierenden, die einer besonderen finanziellen Belastung ausgesetzt sind, können einen Antrag auf finanzielle Unterstützung stellen. Ihnen wird beim Vorliegen der Voraussetzung der Semesterticketbeitrag vollständig erstattet, ohne dass das Ticket gesperrt wird.</p> <p>(2) Eine besondere finanzielle Belastungssituation liegt vor, wenn das verfügbare Einkommen unterhalb der Einnahmegrenze liegt und die Vermögensgrenze nicht überschritten wird.</p> <p>(3) Die Einnahme- und Vermögensgrenzen ergeben sich aus der Anlage 1.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p> <p>Zu Abs. 3: Erhöhung der Flexibilität bezüglich Änderungen der Berechnungsgrundlage.</p>
<p>§ 16 Änderung der Beitragssatzung Änderungssatzungen zu dieser Satzung bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments. Abweichend hiervon können Änderungssatzungen zu dieser Satzung, die nur § 2 dieser Satzung betreffen, mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.</p>	<p>§ 11 Änderung der Beitragssatzung (1) Änderungssatzungen zu dieser Satzung bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments. Sie müssen vom Präsidium der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel genehmigt und gemäß den Vorschriften des Hochschulgesetzes bekannt gemacht werden.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 können Änderungssatzungen zu dieser Satzung, die nur § 2 dieser Satzung oder Anlagen betreffen, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Studierendenparlaments beschlossen werden.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p>

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 17 Übergangsregelung (1) Auf Beitragserhebungs- und -erstattungsverfahren bezüglich Beiträgen zum Sommersemester 2023 oder zu vorherige Semester findet die Beitragssatzung in ihrer zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung Anwendung.</p> <p>(2) Erstattungsanträge bezüglich Beiträgen für das Sommersemester 2023 oder vorherigen Semestern sind bis zum 31.12.2023 zu stellen, soweit sich aus der jeweils gültigen Satzung kein früherer Zeitpunkt ergibt; nach dem 31.12.2023 gestellte Anträge sind in jedem Falle als verfristet abzulehnen.</p> <p>(3) Bei Erstattungs- und Härtefallanträgen für das Wintersemester 2023/2024 ist diese Neufassung anzuwenden.</p>	<p>§ 12 Übergangsregelung (1) Auf Beitragserhebungs- und -erstattungsverfahren bezüglich der Beiträge zum Wintersemester 2024/2025 oder zu vorherige Semester findet die Beitragssatzung in ihrer zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung Anwendung.</p> <p>(2) Erstattungsanträge bezüglich der Beiträge für das Wintersemester 2024/2025 oder vorherigen Semestern sind bis zum 1. Juli 2025 zu stellen, soweit sich aus der jeweils gültigen Satzung kein früherer Zeitpunkt ergibt. Nach dem 1. Juli 2025 gestellte Anträge sind in jedem Falle als verfristet abzulehnen.</p> <p>(3) Bei Erstattungs- und Härtefallanträgen für das Sommersemester 2025 ist diese Neufassung anzuwenden.</p>	Schönheitskorrektur
<p>§ 19 Inkrafttreten, Außerkrafttreten Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft und findet erstmals Anwendung auf die Beitragserhebung zum Wintersemester 2023/2024. Gleichzeitig tritt die Beitragssatzung der Studierendenschaft vom 24. Juni 2020 (NBl. MSGWG Schl.-H. S. 42), zuletzt geändert durch Satzung vom 20. Februar 2023 (NBl. MBWFK Schl.-H. S. 10), außer Kraft.</p>	<p>§ 13 Inkrafttreten, Außerkrafttreten Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft und findet erstmals Anwendung auf die Beitragserhebung zum Sommersemester 2025. Gleichzeitig tritt die Beitragssatzung der Studierendenschaft vom 24. Juni 2020 (NBl. HS MBWK. Schl.-H. 2020, S. 42), zuletzt geändert durch Satzung vom 28. März 2023 (NBl. HS MBWFK. Schl.-H. 2023, S. 11), außer Kraft.</p>	Anpassungen
e i n g e f ü g t	Anlage 1	Verschiebung der §§ 11 bis 15 in die Anlage 1

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 11 Einnahmegrenze (1) Die Einnahmegrenze entspricht der Höhe des BAföG-Bedarfs nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Abs. 2 Nr. 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zuzüglich eines Sechstels des Semesterticketbeitrags.</p> <p>(2) Die Einnahmegrenze erhöht sich für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. werdenden Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche um das 0,5-Fache des in § 14b Abs. 1 S. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetzes festgesetzten Regelsatzes, 2. Menschen mit Behinderung, denen Eingliederungshilfe nach §§ 102 Abs. 1 Nr. 3 und § 112 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 des SGB IX geleistet wird, um das 0,8-Fache des in § 14b Abs. 1 S. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetzes festgesetzten Regelsatzes und 3. jedes eigene Kind um das 3,2-Fache des in § 14b Abs. 1 S. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetzes festgelegten Regelsatzes. 	<p>§ 11 Einnahmegrenze (1) Die Einnahmegrenze entspricht der Höhe des BAföG-Bedarfs nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 i.V.m. Absatz 2 Nummer 1 BAföG zuzüglich eines Sechstels des Semesterticketbeitrags.</p> <p>(2) Die Einnahmegrenze erhöht sich für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. werdenden Mütter nach der zwölften Schwangerschaftswoche um das 0,5-Fache des in § 14b Absatz 1 Satz 1 BAföG festgesetzten Regelsatzes, 2. Menschen mit Behinderung, denen Eingliederungshilfe nach §§ 102 Absatz 1 Nummer 3 und § 112 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB IX geleistet wird, um das 0,8-Fache des in § 14b Absatz 1 Satz 1 BAföG festgesetzten Regelsatzes und 3. jedes eigene Kind um das 3,2-Fache des in § 14b Absatz 1 Satz 1 BAföG festgelegten Regelsatzes. 	<p>Schönheitskorrektur</p>

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 13 Einnahmen im Sinne dieser Satzung (5) Verheiratete oder in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammenlebende Personen werden zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst. In diesem Fall sind sämtliche Nachweise über die Einnahmen und abzugsfähigen Ausgaben beider in Partnerschaft lebenden Personen zu erbringen. Die Einnahmegrenzen werden addiert.</p> <p>(6) Voll angerechnet werden im Fall von Absatz 3 Nummer 4 Unterhaltsleistung an die antragstellende Person durch Eltern, geschiedene oder getrenntlebende Partnerschaften oder durch andere Personen. Ausgenommen hiervon sind Unterhaltsleistungen von Vätern und Müttern, die mit im Haushalt der antragstellenden Person lebenden Kinder für die Kinder.</p> <p>(7) Bei Studierenden, die bei zumindest einer ihnen gegenüber unterhaltsverpflichteten Person leben, wird vermutet, dass diese Unterhaltsleistungen in Form von Geld- oder Sachleistungen in voller Höhe der Einnahmegrenze nach § 11 dieser Satzung erhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen.</p>	<p>§ 13 Einnahmen im Sinne dieser Satzung (5) Verheiratete oder in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammenlebende Personen können zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst. In diesem Fall sind sämtliche Nachweise über die Einnahmen und abzugsfähigen Ausgaben beider in Partnerschaft lebenden Personen zu erbringen. Die Einnahmegrenzen können addiert werden.</p> <p>(6) Voll angerechnet werden im Fall von Absatz 3 Nummer 4 Unterhaltsleistungen an die antragstellende Person durch Eltern, geschiedene oder getrenntlebende Partnerschaften oder durch andere Personen. Ausgenommen hiervon sind Unterhaltsleistungen für im Haushalt lebende Kinder der antragstellenden Person.</p> <p>(7) Bei Studierenden, die bei zumindest einer ihnen gegenüber unterhaltsverpflichteten Person leben, wird vermutet, dass diese Unterhaltsleistungen in Form von Geld- oder Sachleistungen in voller Höhe der Einnahmegrenze nach § 11 dieser Satzung erhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p>

Anlage 1

Beitragssatzung 2024-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 14 Abzugsfähige Ausgaben im Sinne dieser Satzung Von den Einnahmen abzugsfähige Ausgaben sind: [...] 3. der Beitrag für nach dem Sozialgesetzbuch vorgeschriebene Versicherungen, 4. unvorhergesehene, unverschuldete Sonderausgaben und sonstige individuelle Belastungen, die nicht hinreichend durch die Einnahmegrenze des § 11 dieser Satzung dargestellt werden und [...] Das Vorliegen der Ausgaben ist auf geeignete Weise nachzuweisen, insbesondere durch einen Mietvertrag, und zu begründen. § 13 Abs. 5 gilt entsprechend.</p>	<p>§ 14 Abzugsfähige Ausgaben im Sinne dieser Satzung Von den Einnahmen abzugsfähige Ausgaben sind: [...] 3. der Beitrag für nach dem Sozialgesetzbuch vorgeschriebene Versicherungen sowie Haftpflichtversicherungen, 4. unvorhergesehene, unverschuldete Sonderausgaben und sonstige individuelle Belastungen, die nicht hinreichend durch die Einnahmegrenze des § 11 dieser Satzung dargestellt werden und [...] Das Vorliegen der Ausgaben ist auf geeignete Weise nachzuweisen, insbesondere durch einen Mietvertrag, und zu begründen. § 13 Absatz 5 gilt entsprechend.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p> <p>Zu Nr. 3: Hiervon erfasst wäre ebenfalls die Kfz-Haftpflichtversicherung.</p>
<p>§ 15 Vermögensgrenze (1) Die Vermögensgrenze beträgt 10.000 Euro. Sie erhöht sich 1. für die im Haushalt der antragstellenden Person lebende Ehepartnerschaft oder Lebenspartnerschaft und 2. für jedes im Haushalt der antragstellenden Person lebende Kind der antragstellenden Person um den in § 29 Abs. 1 Nr. 2 bzw. Nr. 3 BAföG festgesetzten Betrag</p>	<p>§ 15 Vermögensgrenze (1) Die Vermögensgrenze beträgt 10.000 Euro. Sie erhöht sich 1. für die im Haushalt der antragstellenden Person lebende Ehepartnerschaft oder Lebenspartnerschaft und 2. für jedes im Haushalt der antragstellenden Person lebende Kind der antragstellenden Person um den in § 29 Absatz 1 Nummer 2 bzw. Nummer 3 BAföG festgesetzten Betrag.</p>	<p>Schönheitskorrektur</p>

**Hinweis: Bis zur Veröffentlichung der URL im Nachrichtenblatt MBWFK hat die Satzung
Entwurfscharakter**

Beitragssatzung der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

vom 20. Juni 2023
- Lesefassung -

NBl. HS MBWFK. Schl.-H. 2023, S. 42

Tag der Bekanntmachung auf der Internetseite der CAU: 14. Juli 2023

1. Änderung vom 1. Februar 2024 (Bekanntmachung des Präsidiums Nr. 6/2024)
2. Änderung vom 26. März 2024 (Bekanntmachung des Präsidiums Nr. 31/2024)
3. Änderung vom XX. X 2024 (Bekanntmachung des Präsidiums Nr. X/2024)
4. Änderung vom XX. X 2024 (Bekanntmachung des Präsidiums Nr. X/2024)

Aufgrund des § 74 Absatz 2 Satz 1 des Hochschulgesetzes (HSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 2016 (GVBl. Schl.-H. 2016, S. 39), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Februar 2022 (GVBl. Schl.-H. 2022, S. 102), wird nach Beschlussfassung des Studierendenparlaments der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 19. Juni 2023 und nach Genehmigung durch das Präsidium der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 20. Juni 2023 die folgende Beitragssatzung erlassen

I. Abschnitt: Beitragserhebung	11
§ 1 Beitrag	11
§ 2 Beitragshöhe	11
§ 3 Fälligkeit und Sonderregelungen	11
II. Abschnitt: Beitragserstattung	12
I. Unterabschnitt: Allgemeine Bestimmungen	12
§ 4 Antragstellung	12
§ 5 Datenschutz und Berichtsverpflichtung	12
§ 6 Verfahren der Beitragserstattung	12
§ 7 Widerspruch, rechtliche Stellung und Überweisungsgebühren der Erstattung	13
II. Unterabschnitt: Erstattungen	13
§ 8 Erstattung des gesamten Studierendenschaftsbeitrags	13
§ 9 Beitragserstattung ohne Nutzungsberechtigung des Semestertickets	13
§ 10 Beitragserstattung mit Weiternutzungsberechtigung des Semestertickets	13
III. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen	14
§ 11 Änderung der Beitragssatzung	14
§ 12 Übergangsregelung	14
§ 13 Inkrafttreten	14
Anlage 1 zur Beitragssatzung der Studierendenschaft	15
§ 1 Einnahmegrenze	15
§ 2 Verfügbares Einkommen	15
§ 3 Einnahmen im Sinne dieser Satzung	15
§ 4 Abzugsfähige Ausgaben im Sinne dieser Satzung	16
§ 5 Vermögensgrenze	16

I. Abschnitt Beitragserhebung

§ 1 Beitrag

(1) Die Studierendenschaft erhebt von ihren Mitgliedern Beiträge zur Finanzierung ihrer gesetzlichen Aufgaben gemäß § 74 Absatz 1 des Hochschulgesetzes (Studierendenschaftsbeitrag).

(2) Der Studierendenschaftsbeitrag setzt sich zusammen aus

1. einem Anteil für Maßnahmen, die den Studierenden die preisgünstige Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Sinne des § 74 Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz erste Alternative des Hochschulgesetzes ermöglichen (Semesterticketbeitrag),
2. einem Anteil für Erstattungsleistungen im Einzelfall im Sinne des § 74 **Absatz** 2 Satz 2 zweiter Halbsatz zweite Alternative des Hochschulgesetzes (Erstattungskostenbeitrag),
3. einem Anteil zur Förderung von kulturellen Interessen der Studierendenschaft (Kulturticketbeitrag) und
4. einem Anteil zur Erfüllung der sonstigen Aufgaben der Studierendenschaft (Semesterbeitrag).

(3) Die Einnahmen aus dem Erstattungskostenbeitrag sind zweckgebunden und werden nur für Kostenübernahmen nach dem dritten Unterabschnitt des zweiten Abschnitts dieser Satzung verwendet. In einem Haushaltsjahr nicht aufgewendete Mittel werden zweckgebunden in das folgende Haushaltsjahr übernommen.

§ 2 Beitragshöhe

(1) Der Studierendenschaftsbeitrag beträgt für das Wintersemester 2024/2025 190,00 Euro. Er setzt sich zusammen aus dem Semesterticketbeitrag in Höhe von 176,40 Euro, dem Kulturticketbeitrag in Höhe von 1,90 Euro und dem Semesterbeitrag in Höhe von 11,70 Euro. Der Erstattungskostenbeitrag ist derzeit ausgesetzt.

(2) Der Studierendenschaftsbeitrag beträgt für das Sommersemester 2025 190,00 Euro. Er setzt sich zusammen aus dem Semesterticketbeitrag in Höhe von 176,40 Euro, dem Kulturticketbeitrag in Höhe von 1,90 Euro und dem Semesterbeitrag in Höhe von 11,70 Euro. Der Erstattungskostenbeitrag ist derzeit ausgesetzt.

§ 3 Fälligkeit **und Sonderregelungen**

(1) Der Studierendenschaftsbeitrag wird am letzten Tag der Immatrikulationsfrist oder Rückmeldefrist fällig.

(2) Die Studierendenschaft zieht den Studierendenschaftsbeitrag durch das Studentenwerk Schleswig-Holstein ein. Zur Wahrung der Zahlungsfrist genügt der fristgerechte Zahlungseingang beim Studentenwerk Schleswig-Holstein.

(3) Die Studierenden der Fernstudiengänge sind bezüglich des Semesterticketbeitrags beitragsfrei; sie erwerben kein Semesterticket. Studierenden der Fernstudiengänge kann gegen Entrichtung des Semesterticketbeitrags auf Antrag ein Semesterticket (Stadtticket und landesweites Semesterticket) gewährt werden.

(4) Sofern der Studierendenschaftsbeitrag für ein Semester nicht festgelegt ist, gilt jeweils der letzte festgelegte Studierendenschaftsbeitrag für die jeweiligen Studierenden für alle folgenden Semester.

II. Abschnitt Beitragserstattung

I. Unterabschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 4 Antragstellung

(1) Über Anträge und einen etwaigen Widerspruch entscheidet der Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses.

(2) Macht eine antragstellende Person glaubhaft, dass sie eine verspätete Antragstellung nicht zu vertreten hat, gilt der Antrag als rechtzeitig eingegangen, wenn er unverzüglich, spätestens jedoch vor Ablauf desjenigen Semesters, für den der Antrag gestellt wird, eingereicht wird.

(3) Anträge können auch von einer hierzu schriftlich bevollmächtigten Person gestellt werden. Ein Nachweis der Vollmacht ist beizufügen.

§ 5 Datenschutz und Berichtsverpflichtung

(1) Im Rahmen dieser Satzung erhobene Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.

(2) Wer im Rahmen dieser Satzung Einsicht in personenbezogene Daten erhält, wird vorher von der datenschutzbeauftragten Person des Allgemeinen Studierendenausschusses in den Umgang eingewiesen und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(3) Mit der Unterschrift unter dem Antrag oder einer digitalen Bestätigung des Antrags bestätigt die antragsstellende Person ihre Zustimmung zur Verwendung der Daten hinsichtlich der Antragsbehandlung und Prüfung.

(4) Der Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses soll dem Studierendenparlament nach Abschluss der jeweiligen Zyklen einen anonymisierten Bericht bezüglich der Unterstützungs- und Erstattungsanträge vorlegen. Auf Verlangen des Studierendenparlaments ist auch über den aktuellen Stand zu berichten.

§ 6 Verfahren der Beitragserstattung

(1) Anträge auf Beitragserstattung sind beim Allgemeinen Studierendenausschuss spätestens vier Wochen nach Vorlesungsbeginn einzureichen.

(2) Der Antrag auf Beitrags~~erstattung~~ ist von der oder dem Antragsberechtigten unter Vorlage der Dokumente, der geforderten Bescheinigungen und Nachweise zu stellen.

(3) Fehlende Angaben und Nachweise sollen einmalig per E-Mail nachgefordert werden. Werden die Angaben oder Nachweise nicht binnen zwei Wochen nachgereicht, so gelten sie als nicht erbracht und der Antrag kann wegen fehlender Mitwirkung abgelehnt werden.

(4) Wurden Angaben oder Nachweise, die für die Feststellung der Erstattungsberechtigung erforderlich sind, endgültig nicht erbracht, so ist der Antrag abzulehnen.

(5) Macht die antragstellende Person falsche Angaben und bestehen Tatsachen, die darauf hinweisen, dass dies vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt, ist der Antrag abzulehnen.

Anlage 2

(6) Reichen die für das jeweilige Semester zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht aus, so sind sie auf alle bewilligten Anträge aufzuteilen.

§ 7 Widerspruch, rechtliche Stellung und Überweisungsgebühren der Erstattung

(1) Gegen die Entscheidung über einen **Erstattungsantrag** kann binnen eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift bei der Studierendenschaft, vertreten durch den Allgemeinen Studierendenausschuss, Widerspruch eingelegt werden.

(2) Auf eine Erstattung besteht kein Rechtsanspruch; eine Erstattung oder Befreiung erfolgt nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

(3) Überweisungsgebühren in Höhe von bis zu **einem** Euro werden von der Studierendenschaft übernommen. Höhere Überweisungen werden von der zu erstattenden Summe abgezogen.

II. Unterabschnitt Erstattungen

§ 8 Erstattung des gesamten Studierendenschaftsbeitrags

Studierenden, die sich bis zum Ende des ersten Monats des jeweiligen Semesters exmatrikulieren, exmatrikuliert werden oder deren Immatrikulation aufgehoben wird, wird der Studierendenschaftsbeitrag auf Antrag erstattet. Dem Antrag ist eine entsprechende Bescheinigung der Universität beizufügen.

§ 9 Beitragserstattung **ohne Nutzungsberechtigung** des Semestertickets

Studierenden, die

1. für das betreffende Semester beurlaubt sind,
2. nach §§ 152 **Absatz** 5, 228 **Absatz** 1 SGB IX unentgeltlich zu befördern sind,
3. aufgrund einer Behinderung den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können,
4. sich nachweislich aus Studiengründen oder Forschungsgründen durchgehend mehr als 15 Wochen innerhalb mindestens eines Semesters außerhalb des Gültigkeitsbereiches des Semestertickets aufhalten,
5. ihren DE-Semesterticketbeitrag an einer anderen Hochschule an die dortige Studierendenschaft entrichten,
6. unverschuldet nicht nach Deutschland einreisen können

wird auf Antrag der Semesterticketbeitrag gegen **Sperrung** des Semestertickets erstattet. Dem Antrag sind geeignete Nachweise beizufügen. Im Fall des **Nummer** 4 ist eine entsprechende Bescheinigung der Einrichtung vorzulegen und die Erstattung erfolgt lediglich für das Semester, in welchem der Großteil des Aufenthaltes liegt.

(2) Im Falle der Antragsbewilligung erlischt die Nutzungsberechtigung für das Semesterticket (Handyticket oder Chipkarte) umgehend, jedoch spätestens mit Zahlungseingang der Rückerstattung bei dem Studierenden, ohne dass es eines gesonderten Hinweises bedarf.

§ 10 Beitragserstattung mit Weiternutzungsberechtigung des Semestertickets

(1) Studierenden, die einer besonderen finanziellen Belastung ausgesetzt sind, können einen Antrag auf finanzielle Unterstützung stellen. Ihnen wird beim Vorliegen der Voraussetzung der Semesterticketbeitrag vollständig erstattet, ohne dass das Ticket gesperrt wird.

(2) Eine besondere finanzielle **Belastungssituation** liegt vor, wenn das verfügbare Einkommen unterhalb der Einnahmegrenze liegt und die Vermögensgrenze nicht überschritten wird.

(3) Die Einnahme- und Vermögensgrenzen ergeben sich aus der Anlage 1.

**III. Abschnitt
Übergangs- und Schlussbestimmungen**

§ 11 Änderung der Beitragssatzung

(1) Änderungssatzungen zu dieser Satzung bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments. Sie müssen vom Präsidium der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel genehmigt und gemäß den Vorschriften des Hochschulgesetzes bekannt gemacht werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Änderungssatzungen zu dieser Satzung, die nur § 2 oder Anlagen betreffen, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Studierendenparlaments beschlossen werden.

§ 12 Übergangsregelung

(1) Auf Beitragserhebungs- und -erstattungsverfahren bezüglich der Beiträge zum Wintersemester 2024/2025 oder zu vorherige Semester findet die Beitragssatzung in ihrer zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung Anwendung.

(2) Erstattungsanträge bezüglich der Beiträge für das Wintersemester 2024/2025 oder vorherigen Semestern sind bis zum 1. Juli 2025 zu stellen, soweit sich aus der jeweils gültigen Satzung kein früherer Zeitpunkt ergibt. Nach dem 1. Juli 2025 gestellte Anträge sind in jedem Falle als verfristet abzulehnen.

(3) Bei Erstattungs- und Härtefallanträgen für das Sommersemester 2025 ist diese Neufassung anzuwenden.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft und findet erstmals Anwendung auf die Beitragserhebung zum Sommersemester 2025. Gleichzeitig tritt die Beitragssatzung der Studierendenschaft vom 24. Juni 2020 (NBl. HS MBWK. Schl.-H. 2020, S. 42), zuletzt geändert durch Satzung vom 28. März 2023 (NBl. HS MBWFK. Schl.-H. 2023, S. 11), außer Kraft.

Kiel, den 20. Juni 2023

Stella Thomsen

und

Max Härtel

Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Artikel 2 der Änderungssatzung vom 1. Februar 2024

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Artikel 2 der Änderungssatzung vom 26. März 2024

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Artikel 2 der Änderungssatzung vom XX. X 2024

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Artikel 2 der Änderungssatzung vom XX. X 2024

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Anlage 1 zur Beitragssatzung der Studierendenschaft
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

**Berechnungsgrundlage der Einnahme- und Vermögensgrenzen entsprechend § 10 Absatz 3
Stand 25. November 2024**

§ 1 Einnahmegrenze

- (1) Die Einnahmegrenze entspricht der Höhe des BAföG-Bedarfs nach § 13 **Absatz 1 Nummer 2** i.V.m. **Absatz 2 Nummer 1** des **BAföG** zuzüglich eines Sechstels des Semesterticketbeitrags.
- (2) Die Einnahmegrenze erhöht sich für
1. werdenden Mütter nach der **zwölften** Schwangerschaftswoche um das 0,5-Fache des in § 14b **Absatz 1 Satz 1 BAföG** festgesetzten Regelsatzes,
 2. Menschen mit Behinderung, denen Eingliederungshilfe nach § 102 **Absatz 1 Nummer 3** und § 112 **Absatz 1 Satz 1 Nummer 2** des SGB IX geleistet wird, um das 0,8-Fache des in § 14b **Absatz 1 Satz 1 BAföG** festgesetzten Regelsatzes und
 3. jedes eigene Kind um das 3,2-Fache des in § 14b **Absatz 1 Satz 1 BAföG** festgelegten Regelsatzes.

§ 2 Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen ergibt sich aus den Einnahmen im Sinne dieser Satzung abzüglich der abzugsfähigen Ausgaben im Sinne dieser Satzung.

§ 3 Einnahmen im Sinne dieser Satzung

- (1) Für die Berechnung der Einnahmen nach dieser Satzung sind nur die tatsächlichen Einnahmen des antragstellenden Haushalts im Antragsmonat und den zwei vorhergehenden Monaten maßgeblich.
- (2) Die antragstellende Person ist verpflichtet, ihre Einnahmen und Vermögensverhältnisse wahrheitsgemäß darzulegen. Hierfür können insbesondere Kontoauszüge hinzugezogen werden. Bei nicht getrenntlebenden Ehepartnerschaften oder Lebenspartnerschaften sind die Einnahmen und das Vermögen beider in Partnerschaft lebenden Personen zu berücksichtigen.
- (3) Anzurechnende monatliche Einnahmen sind
1. das Einkommen der antragstellenden Person,
 2. Stipendien, Studienkredite und sonstige Ausbildungsförderung als Zuschuss oder als Darlehen,
 3. staatliche oder halbstaatliche Leistungen (z.B. Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Wohngeldgesetz und der gesetzlichen Rentenversicherungen, das Elterngeld und Erziehungsgeld),
 4. Unterhaltsleistungen sowie Taschengeld und regelmäßige finanzielle Zuwendungen,
 5. Kapitaleinkünfte und
 6. Kindergeld, sofern es der antragstellenden Person selbst ausgezahlt wird.
- (4) Die antragstellende Person hat in angemessenem Umfang zur Entlastung ihrer finanziellen Situation beizutragen. Hinderungsgründe für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, insbesondere der Erziehung von Kindern unter drei Jahren, chronische Krankheiten, körperliche und/oder psychische Beeinträchtigungen werden nach billigem und pflichtgemäßem Ermessen von den Antragsbearbeitenden anerkannt.

Anlage 2

(5) Verheiratete oder in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammenlebende Personen **können** zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst. In diesem Fall sind sämtliche Nachweise über die Einnahmen und abzugsfähigen Ausgaben beider in Partnerschaft lebenden Personen zu erbringen. Die Einnahmegrenzen **können addiert werden**.

(6) Voll angerechnet werden im Fall von Absatz 3 Nummer 4 Unterhaltsleistungen an die antragstellende Person durch Eltern, geschiedene oder getrenntlebende Partnerschaften oder durch andere Personen. Ausgenommen hiervon sind Unterhaltsleistungen **für im Haushalt lebende Kinder der antragstellenden Person**.

(7) Bei Studierenden, die bei zumindest einer ihnen gegenüber unterhaltsverpflichteten Person leben, wird vermutet, dass diese Unterhaltsleistungen in Form von Geld- oder Sachleistungen in voller Höhe der Einnahmegrenze nach § 1 erhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen.

§ 4 Abzugsfähige Ausgaben im Sinne dieser Satzung

Von den Einnahmen abzugsfähige Ausgaben sind

1. die Kaltmiete,
2. die Nebenkosten inklusive der Kosten der Strom- und sonstigen Energieversorgung anteilig an den Gesamtjahreskosten,
3. der Beitrag für nach dem Sozialgesetzbuch vorgeschriebene Versicherungen **sowie Haftpflichtversicherungen**,
4. unvorhergesehene, unverschuldete Sonderausgaben und sonstige individuelle Belastungen, die nicht hinreichend durch die Einnahmegrenze des § 1 dargestellt werden und
5. laufende Raten und Zinslasten von Krediten und Darlehen zur Studienfinanzierung.

Das Vorliegen der Ausgaben ist auf geeignete Weise nachzuweisen und zu begründen. Das Vorliegen der Ausgaben ist auf geeignete Weise nachzuweisen, insbesondere durch einen Mietvertrag, und zu begründen. § 3 **Absatz** 5 gilt entsprechend.

§ 5 Vermögensgrenze

(1) Die Vermögensgrenze beträgt 10.000 Euro. Sie erhöht sich

1. für die im Haushalt der antragstellenden Person lebende Ehepartnerschaft oder Lebenspartnerschaft und
2. für jedes im Haushalt der antragstellenden Person lebende Kind der antragstellenden Person um den in § 29 **Absatz** 1 **Nummer** 2 und **Nummer** 3 BAföG festgesetzten Betrag.

(2) Als Vermögen gelten alle beweglichen und unbeweglichen Sachen, Forderungen und sonstige Rechte.